

USA: Konservative unter Anpassungsdruck

Die republikanische Partei vor den Wahlen 2012

Henriette Rytz

Trotz ihrer guten Wahlchancen geben die Republikaner im Wahljahr 2012 das Bild einer mitunter orientierungslosen Partei ab. Mitt Romneys Favoritenstatus als Präsidentschaftskandidat der Grand Old Party war weniger unangefochten, als viele gedacht hatten; der Vorwahlkampf spiegelte die Gespaltenheit der Partei wider. Die Republikaner sind hin- und hergerissen zwischen den Forderungen ihrer sozialkonservativen Wähler, dem Einfluss der fiskalkonservativen »Tea Party«-Bewegung und deren Vertretern im Kongress und dem Pragmatismus des Parteiestablishments. Dabei ist gerade jetzt eine Richtungsentscheidung dringend notwendig – denn die Partei muss auf den demografischen und gesellschaftlichen Wandel in den USA reagieren. Wenn es ihr nicht gelingt, ihre Anteile unter den »Latino«-Wählern deutlich zu steigern und ihre Agenda anzupassen, wird die Partei mittelfristig an Stärke einbüßen. Schon jetzt ist der Anpassungsdruck so groß, dass die Partei bei den Wahlen im November Einbußen erleiden könnte, sollte sie es nicht schaffen, neue Wählergruppen für sich zu gewinnen.

Die hohe Medienpräsenz der Tea Party und die wirksame Blockierung von Obamas Reformagenda im Kongress erzeugen das Image einer starken republikanischen Partei, die angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Probleme der USA mit guten Chancen in den Wahlkampf zieht. Tatsächlich ist die Partei im Wahljahr schwächer, als es nach außen hin den Anschein hat. Sie sieht sich mit einem inneren Konflikt über ihre künftige ideologische Ausrichtung konfrontiert, der mit Rücksicht auf den Wahlkampf nicht offen ausgetragen wird. Das Aufbegehren gegen den wachsenden Einfluss des rechten Flügels, insbesondere der Tea Party, hat begonnen. Gleichzeitig muss die Partei dem demografischen und

gesellschaftlichen Wandel in den USA Rechnung tragen. Die amerikanische Gesellschaft ist nicht nur ethnisch vielfältiger geworden, sie wird auch zusehends weniger von sozialkonservativen Werten geprägt – die traditionelle Wählerklientel der Republikaner schrumpft.

Der Rechtsruck der Republikaner nach der Bush-Ära

Mit einem deutlichen Sieg der Demokraten bei den Präsidentschafts- und Kongresswahlen endete 2008 die Ära von George W. Bush. Präsident Bush, der zuletzt eine landesweite Zustimmungsrate von 34 Prozent verbucht hatte, hinterließ mit den unter

seiner Ägide begonnenen Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan und mit der Wirtschaftskrise nicht nur immense Probleme, sondern auch eine verunsicherte Partei. Ein Teil der Parteibasis reagierte auf die Zäsur, die das Ende der Bush-Ära markierte, mit der Bildung der Tea Party.

Damit fand der Rechtsruck der Partei seinen vorläufigen Höhepunkt, auch wenn er keine neue Tendenz darstellt. Als Folge der Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre, welche die rechtliche Gleichstellung der Afroamerikaner erreichte, wechselte der Wählerblock der weißen Südstaatenbewohner vom Lager der Demokraten in das der Republikaner. Daraufhin entflammte in der republikanischen Partei ein Machtkampf zwischen dem konservativen und dem moderaten Flügel. Mit der Wahl Ronald Reagans zum Präsidenten 1980 gewann der konservative Flügel die Oberhand. Seitdem hat sich die Partei ideologisch immer weiter nach rechts ausgerichtet, was den Autor Jacob Heilbrunn zu der These veranlasste, selbst Reagan hätte heute Mühe, von den Republikanern nominiert zu werden.

Debatten über Steuern statt über Werte

Der Rechtsruck der Partei wird beim Thema Steuern besonders deutlich, das seit dem Abgang von Präsident George W. Bush gegenüber sozialpolitischen Themen in den Vordergrund gerückt ist. Der *Economist* spricht von einem »gefühllosen Konservatismus« (compassionless conservatism), der den »mitfühlenden Konservatismus« (compassionate conservatism) abgelöst habe – eine Formulierung, mit der George W. Bush seine politische Orientierung umschrieben hatte.

Auch das konservative Idol Ronald Reagan hatte in seiner Amtszeit die Steuern erhöht. Dabei haben sich im Jahr 2012 bis auf sechs Abgeordnete im Repräsentantenhaus und sieben Senatoren alle republikanischen Mitglieder des Kongresses dazu verpflichtet, Steuern nur dann zu erhöhen, wenn diese Erhöhung durch Senkung ande-

rer Steuern kompensiert wird.

Der Ruf nach Steuersenkungen ist exemplarischer Ausdruck eines absoluten Glaubens an die positiven Effekte eines minimalen Staates – eine Haltung, die nun in der republikanischen Partei dominiert. Wer aber staatliches Intervenieren grundsätzlich ablehnt, lehnt auch politisches Gestalten durch den Staat ab. Damit wird es nicht nur schwerer, Reformen einzuleiten, sondern auch, dafür überhaupt Ideen zu entwickeln.

Sozialkonservative Themen sind in den Hintergrund getreten – Abtreibung, gleichgeschlechtliche Partnerschaften und uneheliche Geburten treiben die republikanischen Gemüter weniger um, als sie es früher getan haben. So erregte die Debatte um die Übernahme von Kosten für Verhütungsmittel durch Krankenkassen im Frühjahr 2012 zwar großes Medieninteresse. Sie zeigte aber letztendlich, dass eine radikal sozialkonservative Haltung auch bei vielen konservativen Wählern auf Unverständnis stößt. Dies bekam etwa Rick Santorum zu spüren, der ehemalige Bewerber um das Präsidentenamt, der Verhütung prinzipiell ablehnt.

In der Verhütungsdebatte formierte sich denn auch eine Koalition nur scheinbar Gleichgesinnter aus sozialkonservativen Katholiken und Anhängern der Tea-Party-Bewegung. Denn der Tea Party ging es weniger um Werte, sondern vor allem darum, Obamas Vorzeigeprojekt anzugreifen: die Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherungspflicht. Strittig war insbesondere die Frage, ob auch religiöse Träger in ihrer Funktion als Arbeitgeber über die Abführung von Krankenversicherungsbeiträgen für die Bezahlung von Verhütungsmitteln aufkommen müssen oder nicht.

Enttäushtes Parteiestablishment

Das Parteiestablishment zeigt sich jedoch zunehmend verunsichert von dem Rechtsruck der Partei und versucht gegenzuhalten. Es hat zugunsten jenes Teils der Parteibasis an Einfluss verloren, der in Gestalt

der Tea-Party-Bewegung seine Positionen geltend macht. Dass sich die Tea Party in diesem Machtspiel durchaus behaupten kann, macht ihr Einfluss im US-Kongress deutlich – dort trug sie maßgeblich dazu bei, eine überparteiliche Einigung in der Schuldenkrise zu vereiteln.

Mittlerweile wächst im moderaten Parteiestablishment der Unmut über den Einfluss der Tea Party im Kongress. So stellt sich die Senatorin Olympia Snowe aus Maine, die immer wieder Gesetzesvorhaben der Demokraten unterstützte, im November 2012 nicht mehr zur Wiederwahl in den Kongress – mit der Begründung, die Blockaden im Kongress würden eine sinnvolle politische Arbeit verhindern.

Der Rechtsruck hat also einen Konflikt über die künftige Ausrichtung der Republikaner ausgelöst. Sie sind gespalten zwischen der fiskalkonservativen Tea-Party-Bewegung (die für Steuersenkungen um jeden Preis eintritt), dem sozialkonservativen Flügel der Partei und dem moderaten Parteiestablishment.

Romney – kein Kandidat der Einheit

Der Vorwahlkampf der Republikaner offenbarte die Zerrissenheit der Partei. Lange Zeit konnte keiner der Kandidaten wirklich überzeugen. Die Wahl der Basis fiel schließlich auf Mitt Romney, aber es war eine eher pragmatische Entscheidung. Nun konnte die Partei endlich in den Wahlkampf gegen Präsident Obama eintreten und die innerparteilichen Machtkämpfe der verschiedenen Kandidatenlager hinter sich lassen.

Der Plan der republikanischen Parteistrategen, Romney bereits zum »Super Tuesday« Anfang März als Kandidaten zu bestimmen und damit den Vorwahlkampf weitestgehend zu beenden, war jedoch nicht aufgegangen. Erst mit dem Rückzug seiner stärksten Konkurrenten Rick Santorum Anfang April und Newt Gingrich Anfang Mai wurde Mitt Romney inoffiziell zum Kandidaten seiner Partei nominiert (die offizielle Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner erfolgt

auf dem Parteitag Ende August).

Eine übergreifende Begeisterung für ihren Kandidaten ist bei der republikanischen Partei bislang jedoch nicht spürbar. Der Hedgefonds-Manager und Multimillionär Mitt Romney kämpft im Amerika der Wirtschaftskrise, in der anhaltend hohe Arbeitslosigkeit herrscht, um seine Glaubwürdigkeit bei der Basis. Auch das Parteiestablishment hat sich eher halbherzig hinter ihn gestellt.

Bislang fehlt Romney auch die breite Unterstützung der außenpolitischen Veteranen seiner Partei. So äußerte sich beispielsweise Henry Kissinger, der die Annäherung der USA und Chinas in den 1970er Jahren vorangetrieben hatte, kritisch zu Romneys Vision, im Verhältnis zu China einen Konfrontationskurs zu verfolgen. Noch hat Kissinger auch keine Wahlempfehlung für Romney ausgesprochen – dabei hatte er dem damaligen Kandidaten John McCain bereits anderthalb Jahre vor den Präsidentschaftswahlen 2008 seine Unterstützung zugesagt. Während seine Partei angesichts der Haushaltskrise die Notwendigkeit von Kürzungen des Verteidigungsetats zunehmend anerkennt, sorgt Romney mit seiner Betonung militärischer Stärke für Verunsicherung im außenpolitischen Establishment der Republikaner.

Ein Wahlsieg Romneys im November würde in der republikanischen Partei zwar neue Euphorie hervorrufen, die innere Krise wäre damit aber noch nicht überwunden. Der Kandidat liefert bislang noch keine Antwort auf die Frage, für welche Werte und Interessen die Partei künftig stehen will.

Romneys programmierter Schlingerkurs

Der parteiinterne Richtungsstreit wirft seinen Schatten auf den aktuellen Wahlkampf, in dem die Republikaner ihre Vorteile bislang nicht ausnutzen konnten.

Ein Vorteil ist eindeutig die schwierige wirtschaftliche Lage der USA – diversen

Umfragen zufolge das wichtigste Thema für die Wähler. Sollte sich bis zu den Wahlen kein ökonomischer Aufwärtstrend abzeichnen, wird Obama Mühe haben, die Wähler erneut auf seine Seite zu ziehen. Auch bei den Kongresswahlen ist die Ausgangsposition der Republikaner günstig: Von den 33 Sitzen, die im Senat zur Wahl stehen, werden derzeit nur 10 von den Republikanern gehalten. Die Demokraten haben also mehr zu verlieren.

Ein weiterer wichtiger Vorteil der Republikaner ist, dass sie loyalere Anhänger haben als die Demokraten. Generell ist auch ihr Wählerpotential größer: Seit Jahrzehnten bezeichnet sich ein deutlich höherer Anteil der Wahlberechtigten als konservativ, ein geringerer als progressiv. Zuletzt gaben im Dezember 2011 in einer Gallup-Umfrage 42 Prozent der Befragten an, sie seien (sehr) konservativ, 37 Prozent bezeichneten sich als moderat und nur 19 Prozent als progressiv (engl. »liberal«).

Dennoch haben die Republikaner zu kämpfen, auch weil sie durch ihren Richtungsstreit geschwächt sind. In den Umfragen zu den Kongresswahlen ist ihr Vorsprung vor den Demokraten nur marginal. Und in den meisten Umfragen zum Präsidentschaftswahlkampf landet Mitt Romney regelmäßig hinter Präsident Obama.

Der Rechtsruck der Republikaner hat Romney veranlasst, einen Schlingerkurs einzuschlagen – der wiederum seine Glaubwürdigkeit beeinträchtigt. Denn auch wenn in der Partei sozialkonservative Themen in den Hintergrund gerückt sind, kann ein republikanischer Präsidentschaftskandidat doch keinen Wahlkampf machen, ohne Debatten über Abtreibung, Homosexuellen-Ehe und das Aufbrechen traditioneller Familienmuster zu führen. Denn die Haltung zu diesen Fragen ist für tief religiöse Amerikaner, wichtige Wählerklientel der Republikaner, nach wie vor entscheidend bei der Stimmabgabe.

Selbst unter den moderaten Republikanern bezeichnen sich 30 Prozent als »äußerst religiöse Weiße« (highly religious whites); bei den konservativen Republika-

nern gilt dies sogar für die Hälfte. Mitt Romney musste daher im Vorwahlkampf bei seinen Äußerungen zu sozialkonservativen Themen weit nach rechts rücken, um das Lager der tief religiösen Konservativen hinter sich zu vereinen. Gleichzeitig musste er der Tea Party signalisieren, dass auch fiskalpolitische Strenge ganz oben auf seiner Agenda steht.

Ohne ideologische Flexibilität ist die Unterstützung der Parteibasis nicht zu gewinnen. Zusätzlich muss Romney im Wahlkampf mit seiner Agenda jedoch zurück zur politischen Mitte finden, wenn er sich gegen Obama durchsetzen will. Weitere Vorwürfe, er betreibe »flip-flopping« und steuere einen Schlingerkurs, sind damit programmiert.

Herausforderung demografischer Wandel

Statt Wähler der ideologischen Mitte umwirbt Romney momentan noch die Anhänger sozialkonservativer Positionen. Eine zu starke Fokussierung auf diese Gruppe birgt allerdings Risiken. Denn es zeichnet sich ab, dass in der amerikanischen Gesellschaft moderate Positionen vermehrt Zuspruch finden. Im Zuge des demografischen Wandels schrumpft außerdem die traditionelle republikanische Wählerklientel der »weißen« Amerikaner. Zwar werden diese Entwicklungen erst mittelfristig umfassend zum Tragen kommen, doch sie lassen sich schon im laufenden Wahlkampf nicht mehr ignorieren.

Einer Umfrage des Pew Research Center zufolge sind im Jahr 2012 etwa neun von zehn Republikanern »weiße« Nicht-»Latinos«, gehören also keiner ethnischen Minderheit an. Nur sechs Prozent der Befragten, die sich als Republikaner identifizierten, waren »Latinos«, lediglich zwei Prozent Afro-Amerikaner.

Diese Zusammensetzung ihrer Wählerklientel stellt die republikanische Partei vor eine enorme Herausforderung. Laut U.S. Census Bureau werden »weiße« Amerikaner ab dem Jahr 2042 in der amerikanischen

Gesellschaft in der Minderheit sein. Schon jetzt ist die Wählerschaft der Republikaner weit davon entfernt, die ethnischen Verhältnisse des Landes widerzuspiegeln. »Latinos« stellen derzeit etwa 16 Prozent und Afro-Amerikaner 12 Prozent der US-Bevölkerung; hinzu kommen etwa 5 Prozent Amerikaner asiatischer Abstammung.

Diese Bevölkerungsgruppen werden zusehends an politischem Gewicht gewinnen. Da sie den allergrößten Teil des Bevölkerungswachstums der USA beisteuern (zwischen 2000 und 2010 ganze 92 Prozent), ist zu erwarten, dass ihre Anteile unter den Wählern deutlich wachsen werden. Auch wenn heute nicht alle von ihnen die US-Staatsbürgerschaft besitzen und somit das Wahlrecht haben, werden spätestens ihre in den USA geborenen Kinder wählen können.

Diese Gruppen zu ignorieren könnte für die Republikaner schwerwiegende Folgen haben. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen votierten 80 Prozent der Wähler, die einer der genannten Minderheiten angehören, für Barack Obama. Die Republikaner werden schon die anstehende Präsidentschaftswahl nicht gewinnen können, wenn sie in dieser Bevölkerungsgruppe keine Stimmenzuwächse erzielen.

Die Stimmen der »Latino«-Wähler

Dabei werden sie vor allem auf Stimmen der »Latinos« angewiesen sein. Die Afro-Amerikaner sind für die Republikaner weniger interessant, stimmen sie doch traditionell nahezu geschlossen für die Demokraten (96 Prozent gaben 2008 Obama ihre Stimme). Zudem wird ihr Anteil an der Bevölkerung im Vergleich zu den lateinamerikanischen Einwanderern deutlich langsamer wachsen.

Nach Meinung von Experten muss Mitt Romney eine Schwelle von mindestens 40 Prozent der »Latino«-Stimmen erreichen, um ins Weiße Haus einzuziehen. Das war der Prozentsatz an Stimmen, der George W. Bush im Jahr 2004 half, wichtige »battle-ground states« zu gewinnen. Da in diesen

besonders umkämpften Staaten »Latinos« häufig überdurchschnittlich stark vertreten sind (beispielsweise in Florida, Arizona, Colorado, Nevada und New Mexico), kommt ihnen im Wahlkampf große Bedeutung zu. Im Jahr 2008 stimmten 67 Prozent der »Latinos« für Obama – die Republikaner müssten also knapp 10 Prozent dazugewinnen, um die empfohlenen 40 Prozent zu erreichen.

Bislang liegt Obama in den Umfragen unter »Latinos« weit vor Romney. Zwei Drittel der registrierten »Latino«-Wähler rechnen sich dem Lager der Demokraten zu, nur ein Fünftel dem der Republikaner. Selbst eine Umfrage des rechtskonservativen Fernsehsenders FoxNews im März 2012 kam zu dem Ergebnis, dass ein republikanischer Präsidentschaftsanwärter im Direktvergleich mit Obama auf nicht mehr als 14 Prozent der »Latino«-Stimmen kommen würde.

Die Themen der »Latino«-Wähler

Das wichtigste Thema im Wahlkampf ist auch für »Latinos« die Wirtschaft. Mehr als die Hälfte von ihnen fühlen sich von der aktuellen Wirtschaftskrise härter getroffen als der Rest der amerikanischen Gesellschaft. Tatsächlich sank während der Rezession das durchschnittliche Haushaltseinkommen der »Latinos« um 66 Prozent – bei den weißen Amerikanern waren es lediglich 16 Prozent. Die Arbeitslosenrate schnellte unter »Latinos« stärker in die Höhe als unter weißen Amerikanern. Allerdings scheinen sich »Latinos« auch rascher als andere Amerikaner von der Rezession zu erholen – mehr als die Hälfte aller neuen Jobs (einschließlich jener Stellen, die sich Geschäftsgründer selber schufen) gingen im Jahr 2011 an »Latinos«.

Der Wunsch nach sozialer Mobilität brachte die meisten lateinamerikanischen Einwanderer in die USA. Darum steht auch das Thema Bildung weit oben auf ihrer Agenda. Hier trauen die »Latinos« den Demokraten deutlich mehr zu als den Republikanern – nur einer von fünf befrag-

ten »Latinos« sah die Republikaner als die bessere Option bei der Förderung von Bildung. Das Vertrauen in die Demokraten beruht auch darauf, dass »Latinos« unter der Obama-Administration im Bereich Bildung aufgeholt haben: Die Schulabbrecherquote ist rückläufig, die Zahl der College-Absolventen hat zugenommen.

Das Thema Bildung spielt auch bei der Einwanderungspolitik eine große Rolle. Zwei Drittel aller »Latinos« befürworten laut einer Umfrage von LatinoDecisions den DREAM Act (Development, Relief, and Education for Alien Minors Act). Dieses Gesetzesvorhaben soll Jugendlichen, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben, aber in den USA erfolgreich die High School abschließen (oder dem Militär beitreten), einen Weg zur US-Staatsbürgerschaft ebnen.

Mitt Romney hat angekündigt, gegen ein solches Gesetz sein Veto einzulegen. Seine ablehnende Haltung kam auch in dem Vorschlag zum Ausdruck, illegale Einwanderer zur »Selbstabschiebung« (self-deportation) zu animieren. Ihre Lebensbedingungen sollten durch verschärfte polizeiliche Kontrollen und den Ausschluss vom Arbeitsmarkt in einem Maße verschlechtert werden, dass sie freiwillig das Land verlassen. Vorbild für diese Strategie sind umstrittene Gesetze mit ähnlichem Inhalt, die in den letzten zwei Jahren in Alabama und Arizona verabschiedet wurden und nun von der Obama-Administration juristisch angefochten werden.

Die Parteibasis der Republikaner ist beim Thema Einwanderungspolitik gespalten. Einer Umfrage des Pew Research Center vom Dezember 2011 zufolge wollen zwar die meisten Republikaner, dass die geltenden Einwanderungsbestimmungen konsequenter durchgesetzt werden. Während die einen jedoch nur auf verstärkten Grenzschutz aus sind, fordern die anderen darüber hinaus auch die Legalisierung illegaler Einwanderer. Je jünger die Befragten, desto eher sind sie dafür, solche Einwanderer zu legalisieren.

In der Partei regt sich mittlerweile Kritik an der republikanischen Einwanderungs-

politik. So warnte Jeb Bush, ehemaliger Gouverneur von Florida, im Januar 2012 seine Partei, die »Latino«-Wähler würden sich von ihr abwenden. Neben der Einwanderungspolitik sieht er Handlungsbedarf auch in der Bildungspolitik.

Die derzeitige Dominanz des fiskalkonservativen Lagers in der Partei erschwert den Stimmenfang bei den »Latino«-Wählern zusätzlich. Zwar vertreten »Latinos« eher sozialkonservative Werte und hegen somit eine gewisse Affinität zur republikanischen Partei. Jedoch befürwortet eine große Mehrheit von ihnen eine aktive Rolle des Staates. Sie glauben, dass ihre Version des amerikanischen Traums vom sozialen Aufstieg nur mit staatlicher Unterstützung verwirklicht werden kann.

Um die »Latino«-Wähler umzustimmen, wird es kaum ausreichen, den immer wieder als Vizepräsidentenskandidat gehandelten Senator Marco Rubio ins Spiel zu bringen. Der Sohn kubanischer Einwanderer wurde zwar mit Unterstützung der »Latinos« in Florida gewählt, vor allem aber von Amerikanern kubanischer Herkunft, die traditionell sowieso eher die Republikaner unterstützen. Umfragen unter »Latinos« zufolge würde Rubio den Zuspruch für die Partei in dieser Gruppe nicht signifikant steigern.

Denn auch er hat sich deutlich gegen eine Legalisierung illegaler Einwanderer ausgesprochen. Den DREAM Act lehnt Rubio ebenfalls ab, schlug aber im April 2012 als Kompromiss vor, jugendlichen Einwanderern ohne Aufenthaltsgenehmigung zumindest ein Visum zu gewähren. Damit könnten sie sich dann zwar nicht direkt um die Staatsbürgerschaft bemühen, aber doch um eine permanente Aufenthaltsgenehmigung. Während einige Einwanderungsbefürworter diesen Vorstoß begrüßen, lehnen andere ihn als rein wahlkampfaktisches Manöver ab. Klar ist: Einen Gesetzesentwurf hat Senator Rubio bislang nicht vorgelegt.

Zwar konnte auch Obama die im Wahlkampf 2008 angekündigte Reform der Einwanderungspolitik noch nicht durchsetzen, hat dies jedoch für eine zweite Amtszeit

versprochen. Wiederholt hat er die Republikaner im Kongress für das Scheitern bisheriger Versuche verantwortlich gemacht, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Als Belastung könnte sich für ihn allerdings die Praxis der Abschiebung illegaler Einwanderer erweisen, die in seiner Administration Rekordniveau erreicht hat. In einer Umfrage lehnten knapp 60 Prozent der befragten »Latinos« Obamas Abschiebungspolitik ab.

Herausforderung gesellschaftliche Veränderungen

Parallel zum demografischen Wandel vollziehen sich in den USA auch gesellschaftliche Veränderungen, die insbesondere die Wählerklientel der Republikaner betreffen. Insofern müssten sie der Partei ebenfalls Anlass geben, ihre Agenda zu überdenken.

Als Trend zeichnet sich ab, dass religiöse Institutionen eine zunehmend geringere Rolle spielen und sozialkonservative Werte an Bedeutung verlieren. Beispielhaft hierfür sei die Gruppe der sogenannten »Millennials« genannt – junge Amerikaner, die zu Anbruch des neuen Jahrtausends erwachsen geworden, also um die dreißig Jahre alt sind. Vergleicht man ihre Einstellungen mit denen früherer Generationen im gleichen Alter, zeigt sich, dass die »Millennials« andere Wertemuster haben.

Ein Drittel der »Millennials« gehört keiner religiösen Vereinigung an, in den 1970er Jahren galt dies in derselben Altersgruppe nur für 12 Prozent. Auch die Häufigkeit von Kirchenbesuchen und der Stellenwert der Religion im Leben des Einzelnen haben abgenommen. Dennoch ist der Anteil junger Leute, die täglich beten, mit 41 Prozent nicht viel niedriger, als er es in derselben Altersgruppe in den 1970er Jahren war (48 Prozent). Die Religiosität ist also nur leicht zurückgegangen, wird jedoch zusehends losgelöst von Institutionen praktiziert.

Gleichzeitig büßen sozialkonservative Werte an Bedeutung ein. Die »Millennials« sind eher bereit als ihre Eltern, gleichgeschlechtliche Partnerschaften zu akzep-

tieren und statt des Kreationismus die Evolutionslehre anzuerkennen.

Die Generation der »Millennials« kehrt sich zudem ab von dem traditionellen Familienmuster des verheirateten Paares mit Kindern. Der Organisation Child Trends zufolge, die sich auf Daten der US-Regierung beruft, brachte im Jahr 2009 die Mehrheit der Mütter unter dreißig Jahren uneheliche Kinder zur Welt. Der Durchschnittswert für alle Geburten, unabhängig vom Alter der Mutter, liegt bei gut 40 Prozent unehelichen Kindern – deutlich über den 11 Prozent von 1970.

Diese gesellschaftlichen Veränderungen zeigen sich am deutlichsten bei den »Millennials«, sind aber auch in den übrigen Teilen der amerikanischen Gesellschaft zu beobachten. Laut einer Umfrage des Pew Forum on Religion & Public Life stieg beispielsweise die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Ehen von 35 Prozent im Jahr 2001 auf 45 Prozent im Jahr 2011. In einer Gallup-Umfrage von 2012 akzeptierte sogar die Hälfte der Befragten dieses Ehemodell.

Präsident Obama hat dieser Entwicklung mit seiner überraschenden Befürwortung gleichgeschlechtlicher Ehen Rechnung getragen. Auch wenn die Folgen für seine Wiederwahlchancen umstritten sind, wird er mit diesem Bekenntnis bei jungen Wählern sicherlich punkten können. 43 Prozent der »Latino«-Wähler unterstützen seine Position. Romney reagierte eher verhalten auf Obamas Bekenntnis. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass auch bei den Republikanern der gesellschaftliche Wandel allmählich ins Bewusstsein rückt.

Wachsender Handlungsdruck

Im Zuge des demografischen und gesellschaftlichen Wandels in den USA wird die traditionelle sozialkonservative und weiße Wählerklientel der republikanischen Partei kleiner werden. Doch ist diese Partei in einer guten Ausgangslage, darauf angemessen zu reagieren.

Mit einer zeitgemäßen konservativen Agenda könnten die Republikaner das

Reservoir konservativer Wähler, das doppelt so groß ist wie jenes der progressiven Wähler, für sich nutzbar machen. Durch Kurskorrekturen bei der Einwanderungs- und Bildungspolitik, aber auch durch eine weitere Relativierung sozialkonservativer Themen ließe sich die Attraktivität der Partei insbesondere unter »Latinos« und »Millennials« deutlich steigern. Um glaubwürdig auftreten zu können, muss die Partei zuvor jedoch ihre Basis von der neuen Linie überzeugen.

Das Beispiel der zunehmenden Toleranz gleichgeschlechtlicher Ehen hat gezeigt, wie rasch der gesellschaftliche Wandel voranschreitet. Damit erhöht sich auch der Handlungsdruck für die Republikaner. In vier Jahren könnte es wieder eine republikanische Vorwahl geben, falls ein Präsident Romney nicht zur Wiederwahl antritt. Streng sozialkonservativen Kandidaten wird es dann möglicherweise deutlich schwerer fallen, breite Unterstützung zu mobilisieren, als dies bei Rick Santorum und Michele Bachmann im Vorwahlkampf 2011/2012 der Fall war.

Der Handlungsbedarf wird auch deshalb größer, weil im Kongress derzeit Reformstau herrscht. Dadurch wächst nicht nur der Unmut im moderaten Lager der Partei, auch die öffentliche Kritik mehrt sich. Denn die starke Polarisierung der Parteien verhindert bislang die Einigung auf notwendige soziale und wirtschaftliche Reformen in den USA.

Diese Polarisierung wiederum wird immer häufiger der republikanischen Partei angekreidet. So schreiben Thomas E. Mann und Norman J. Ornstein in ihrem Buch »It's even worse than it looks« die politischen Blockaden dem Rechtsruck in der republikanischen Partei zu. Ornstein vom American Enterprise Institute gehört dem konservativen Spektrum an – bei dem Buch handelt es sich also nicht um den Angriff eines Demokraten auf den politischen Gegner. Mann und Ornstein trafen einen Nerv in der öffentlichen Debatte – nach seinem Erscheinen Anfang Mai 2012 wurde das Buch innerhalb kürzester Zeit

zum Bestseller.

Die republikanische Partei muss entscheiden, ob sie dem Rechtsruck weiter nachgibt oder sich zurück zur Mitte bewegt. Diese Entscheidung wird mit der Nominierung von Mitt Romney auf dem Parteitag im August jedoch nicht gefällt. Denn ein charismatischer Kandidat wie Ronald Reagan, der den Kurs seiner Partei in den 1980er Jahren entscheidend prägte, ist Romney sicherlich nicht.

Anlass zu Hoffnung für die Partei könnte eine Riege von Gouverneuren geben. Mitch Daniels (Indiana), Chris Christie (New Jersey) und Jeb Bush (ehemals Florida) stehen für einen moderaten Konservatismus, Jeb Bush genießt eine hohe Glaubwürdigkeit bei »Latino«-Wählern. Alle drei schlossen im diesjährigen Vorwahlkampf zwar schon früh eine Kandidatur explizit aus, werden nun aber als Vizepräsidentenskandidaten gehandelt. 2016 stehen sie dann vielleicht auch als Kandidaten fürs Oval Office zur Verfügung – falls Romney im Januar 2013 nicht selbst ins Weiße Haus einzieht und eine zweite Amtszeit anstrebt.

Für die deutsche und europäische Außenpolitik hat der Richtungsstreit in der republikanischen Partei keine unmittelbaren Auswirkungen. Denn Außenpolitik spielt in diesem innerparteilichen Streit gegenwärtig kaum eine Rolle. Jedoch ergibt sich genau daraus eine gewisse Unsicherheit – denn noch ist unklar, wohin sich die Partei entwickeln und wie sie sich außenpolitisch orientieren wird.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364